

11. Kleinen Landesparteitag der CDU Berlin am 26. April 2013

Der Kleine Landesparteitag hat beschlossen:

1 **Ein starkes Berlin in einem starken Europa**

2 Die Wiedervereinigung unserer Stadt, unseres Landes und das damit verbundene
3 Voranschreiten der europäischen Integration haben eine Phase des Friedens und der
4 Freiheit gebracht, die in der Geschichte beispiellos ist. Die Europäische Union erstreckt
5 sich heute vom Eismeer bis Malta, vom Atlantik bis ins Baltikum, zur Ostgrenze Polens und
6 zum Schwarzen Meer. Dieser riesige geographische Raum stellt nicht nur einen
7 Binnenmarkt, sondern auch eine Wertegemeinschaft dar. In ihrem Herzen liegt unsere
8 Stadt Berlin.

9 Berlin ist heute ein Ort der Begegnung. Hier ist jüngste europäische Geschichte genauso
10 erlebbar wie die Vergangenheit aus Krieg und jahrzehntelanger Teilung. Die Folgen dieser
11 Teilung sind mehr als 20 Jahre nach ihrer Überwindung immer noch spürbar. Zwar konnte
12 Berlin seine Hauptstadtfunktion zurückgewinnen, nicht jedoch seine alte Stärke als
13 Banken- und Industriestandort. Nach wie vor ist Berlin daher auf die Solidarität
14 Deutschlands und Europas angewiesen. Und diese Solidarität ist überall in unserer Stadt
15 sichtbar. Ob Infrastruktur, Stadtentwicklung, Wissenschaftsförderung, Förderung der
16 Kreativindustrie, Qualifikationsmaßnahmen für Arbeitslose oder andere Sozialprojekte –
17 in zahlreichen Bereichen konnte Berlin auf große Unterstützung, insbesondere der
18 Europäischen Union, zurückgreifen. So erhält Berlin allein in der laufenden Förderperiode
19 insgesamt 1,2 Milliarden Euro aus den EU-Fonds. Auch dank dieser Solidarität ist es
20 unserer Stadt gelungen, sich zu einem führenden Standort in Europa, zu einem Zentrum
21 der Europäischen Union zu entwickeln.

22 Diesen Standortvorteil muss Berlin auch in Zukunft gezielt nutzen und weiter ausbauen.
23 Dafür tritt die Berliner CDU ein. Wir wollen ein starkes Berlin in einem starken Europa und
24 ein starkes Europa für ein starkes Berlin. Dieses Ziel haben wir in der

25 Koalitionsvereinbarung 2011 bis 2016 formuliert, in der die Bedeutung der europäischen
26 Ebene für die Entwicklung unserer Stadt erstmals angemessen gewürdigt wird.
27 Mit folgenden Maßnahmen setzt sich die Berliner CDU dafür ein, das Ziel eines starken
28 Berlin in Europa zu unterstützen:

29 **Stärkere Förderung von Städten und Ballungsräumen**

30 Die CDU Berlin tritt dafür ein, dass Städte und Ballungsräume, wo derzeit mehr als 70
31 Prozent der EU-Bevölkerung leben, eine größere Rolle in der Schwerpunktsetzung der EU-
32 Politik spielen. Der Weg, den die Europäische Kommission vorgezeichnet und durch den
33 für die nächste Förderperiode erstmals eine städtische Dimension in die Förderpolitik
34 Eingang gefunden hat, muss konsequent weitergegangen und ausgebaut werden. Der
35 Beitrag, den insbesondere Städte und Ballungsräume wie Berlin zum Erreichen der
36 europäischen Ziele – wie nachhaltiges Wirtschaften und Umweltschutz – leisten, soll bei
37 den Verhandlungen über die Fortführung der Regionalförderung eine angemessene
38 Anerkennung erfahren.

39 **Europakompetenz ausbauen**

40 Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass alle politischen Ebenen in unserer Stadt eng
41 miteinander kooperieren, um das Gewicht Berlins in den Verhandlungen mit Brüssel und
42 Straßburg zu erhöhen und die Interessen der Berlinerinnen und Berliner bei der
43 Europäischen Union selbstbewusst zu vertreten. Gleichzeitig treten wir dafür ein, dass die
44 Europakompetenz der Berliner Verwaltung weiter konsequent ausgebaut wird.

45 **Berlin zur Verkehrsdrehscheibe auch für Nord-Süd-Verkehr weiterentwickeln**

46 Die Berliner CDU spricht sich dafür aus, die geographisch vorteilhafte Lage unserer Stadt
47 im Herzen der Europäischen Union zu nutzen und Berlin zu einer maßgeblichen
48 Drehscheibe für den EU-Verkehr weiterzuentwickeln. Zum einen betrifft dies den Ost-
49 West-Verkehr, so die Verbindungen zu wirtschaftlich boomenden Wachstumskernen wie
50 Stettin, Posen und Breslau, die auch für das Wachstum der Berliner Wirtschaft eminent
51 wichtig sind, zum anderen insbesondere auch den immer wichtiger werdenden Nord-Süd-
52 Verkehr. Für die wirtschaftlichen Wachstumskerne im Norden Europas, im
53 skandinavischen Dreieck, kann Berlin bei der Trassenbildung in den Süden, an die Häfen
54 des Mittelmeers, eine wichtige Rolle übernehmen.

55 **EU-Grenzförderung auf Berlin ausweiten**

56 Ein Augenmerk muss auch auf die von der EU geförderten Grenzkoperationen gerichtet
57 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass vor der kommenden Förderperiode von 2014 bis
58 2020 die momentan geltende Begrenzung des Grenzsaums von 50 Kilometern, durch die
59 Berlin ausgeschlossen ist, so erweitert wird, dass eine grenzüberschreitende
60 Zusammenarbeit zwischen polnischen Regionen und den Ländern Berlin, Brandenburg,
61 Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen gefördert wird. Bei der Konzeption von
62 Verkehrswegen soll Berlin Anfangs- und Endpunkt sein.

63 **Europäische Staatsanwaltschaft einsetzen**

64 Die CDU Berlin stellt sich grenzüberschreitender Kriminalität zum Nachteil der
65 finanziellen Interessen der Europäischen Union (EU-Budget) entschieden entgegen. Daher
66 sprechen wir uns für die Einsetzung einer Europäischen Staatsanwaltschaft aus. Ihre
67 Aufgabe ist die strafrechtliche Untersuchung und Verfolgung von Straftaten zum EU-
68 Budget. Bisher gibt es kein System der Strafverfolgung auf EU-Ebene. Zum strafrechtlichen
69 Schutz des EU-Budgets, insbesondere vor Subventionsbetrug und Missbrauch von
70 Haushaltsmitteln, kann dieser Mangel nur durch eine eigene
71 Strafverfolgungszuständigkeit der EU behoben werden. Die polizeiliche und
72 strafrechtliche Zusammenarbeit reicht in diesem Spezialbereich nicht aus. Die Europäische
73 Staatsanwaltschaft soll eigenverantwortlich strafrechtliche Ermittlungen im gesamten
74 Unionsgebiet durch „abgeordnete Staatsanwälte“ leiten, die Ermittlungsmaßnahmen
75 einschließlich strafprozessualer Zwangsmaßnahmen durchführen und Anklagen vor den
76 nationalen Gerichten erheben und im Hauptverfahren vertreten, um das EU-Budget so
77 wirksam zu schützen. Die EU-Bürger müssen das Vertrauen gewinnen, dass auch in Europa
78 die „Großen“ verfolgt und bestraft werden.

79 **Bürgerschaftliches Engagement europaweit fördern**

80 Bürgerschaftliches Engagement ist in unserer Stadt unverzichtbar. Unser Ziel ist es, diese
81 bedeutende Säule unserer Gesellschaft auch im Rahmen unserer Europapolitik zu fördern.
82 Der europäische Grundgedanke der Subsidiarität wird durch die Stadtteilzentren in Berlin
83 gelebt. Die dort stattfindende Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements geht dabei
84 auf den Einsatz der Berliner Union in den 1990er Jahren zurück. Das
85 Infrastrukturförderprogramm Stadtteilzentren ist daher für die Unterstützung des

86 Bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt weiter zu stärken. Dabei leisten
87 Stadtteilzentren als Einrichtungen und regionale Verbundstrukturen zur Förderung von
88 Nachbarschaftsarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt wichtige Funktionen vor Ort. Daher muss
89 die finanzielle Grundsicherung dafür nicht nur erhalten, sondern weiter kontinuierlich
90 ausgebaut und ein Stadtteilzentrum pro Region eingerichtet werden.

91 Um das bürgerschaftliche Engagement zu fördern, bieten sich zudem der Ausbau des
92 FreiwilligenPasses und die Berliner Ehrennadel an. Zum Berliner FreiwilligenPass gehören
93 der Nachweis über freiwilliges bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement sowie
94 ein Zertifikat über Fort- und Weiterbildungen im Zusammenhang mit dem Engagement.
95 Diese Dokumente werden dem Europass beigelegt, der seit 1. Januar 2005 als europaweit
96 einheitlicher Kompetenznachweis in 31 Staaten eingeführt wurde.

97 **Krankenhäusern direkte Bewerbung für EFRE-Programm ermöglichen**

98 Im Rahmen des neuen Berliner Programms für nachhaltige Entwicklung wollen wir den
99 Krankenhäusern die Möglichkeit eröffnen, sich selbst um Fördermittel aus dem EFRE-
100 Programm zu bewerben.

101 **Berliner Europa-Schulen erhalten und ausbauen**

102 Das Berliner Schulsystem bietet mit den Berliner Europa-Schulen ein einzigartiges
103 Angebot bilingualen Unterrichts ab der ersten Klasse für Kinder von Zuwanderern, aber
104 auch für Berliner Schülerinnen und Schüler. Mehr als 6.000 Schülerinnen und Schüler
105 besuchen die 17 Grundschulen und 13 weiterführenden Schulstandorte mit insgesamt
106 neun Sprachkombinationen. Dieses Schulangebot bereitet Kinder und Jugendliche auf die
107 Arbeitswelt der Zukunft vor und übt eine wichtige Brückenfunktion beim Kennenlernen
108 von Menschen unterschiedlicher Herkunft aus. Die Berliner CDU setzt sich dafür ein,
109 dieses System zu erhalten und bei Bedarf und Vorliegen der finanziellen Möglichkeiten
110 auszubauen.

111 **Innereuropäische Migrationsprobleme lösen**

112 Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in einigen Mitgliedsstaaten der
113 Europäischen Union haben Migrationsbewegungen in Europa ausgelöst und verstärkt, die
114 in den Zielländern insbesondere in Großstädten und Ballungsräumen zu
115 Integrationsproblemen führen. Die Lösung dieser Probleme ist nur im Zusammenwirken

116 der unterschiedlichen Politikebenen der Europäischen Union möglich, die betroffenen
117 lokalen und regionalen Gebietskörperschaften dürfen nach Ansicht der Berliner CDU mit
118 diesen Problemen nicht allein gelassen werden. Die Benennung eines
119 Hauptansprechpartners für innereuropäische Migration auf lokaler Ebene sowie Sprach-
120 und Kulturmittler können zu einer besseren Problemlösung zwischen Migranten,
121 Verwaltung und Bevölkerung beitragen. Ferner spricht sich die CDU Berlin dafür aus, auf
122 EU-Ebene einen speziellen Fonds zur Finanzierung der Kosten der wirtschaftlichen
123 Migration (beispielsweise für die Finanzierung von Unterkünften, der Beschulung und der
124 Krankenversicherung) einzurichten, der für betroffene Gemeinden zugänglich ist.

125 Grundsätzlich ist auf EU-Ebene darauf hinzuwirken, die wirtschaftliche und soziale
126 Integration von Minderheiten, wie etwa der Sinti und Roma, in ihren Heimatländern so zu
127 gestalten, dass die innereuropäischen Migrationsbewegungen eingedämmt werden. Die
128 Europäische Union stellt dafür nicht unerhebliche finanzielle Mittel bereit. Die
129 Europäische Kommission ist aufgefordert, die entsprechenden Maßnahmen schärfer zu
130 kontrollieren und im Falle mangelnden Engagements Sanktionen zu ergreifen.

131 Bei den derzeitigen Verhandlungen mit Drittstaaten ist den Fragen des möglichen
132 Missbrauchs von Freizügigkeitsregelungen eine hohe Priorität einzuräumen und den
133 Erfahrungen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften Beachtung zu schenken.

vorgelegt von: Joachim Zeller, Frank Henkel, Kai Wegner u. a.
als Antrag zum 11. Kleinen Landesparteitag der CDU Berlin,
beschlossen vom Landesvorstand der CDU Berlin am 19. April 2013